




ODENWALD KURIER

Zeitung der  für den Odenwald Nr. 5
Februar 2016

Guten Tag!

Wer den Reichen nichts abnimmt, kann den Armen nichts geben, und wer den Spitzenverdienern, den Besitzern und Erben großer Vermögen keine oder nur geringe Steuern und Abgaben abverlangt, der führt das Staatswesen in die Verschuldung. Da sind wir längst angekommen und jeder von uns, vom Baby bis zum Greis, trägt eine Bürde von 25.000 Euro Schulden mit sich herum.

Besonders dramatisch ist die finanzielle Situation in den Kommunen, wo die Grenze des Zumutbaren längst erreicht ist, und jeder Euro, falls noch vorhanden, zweimal herumgedreht wird. Die Folgen spüren wir auch in unserer Region, wenn das Odenwaldhallenbad nach zweimaliger, millionenteurer Sanierung im Herbst 2016 wieder in Betrieb gehen soll. Nachdem dann voraussichtlich mehr als 6 Millionen Euro geflossen sein werden bleibt kein Geld mehr für die nötigen Personalkosten übrig. Auch wenn das letzte Wort darüber noch nicht gesprochen wurde, so beabsichtigen die Verantwortlichen, an erster Stelle Michelstadts Bürgermeister Stephan Kelbert, das Bad nur noch eingeschränkt der Öffentlichkeit bereitzustellen. Die angeschlossene Sauna soll ganz geschlossen bleiben. Dagegen regt sich Widerstand und der Verfasser dieser Zeilen hat eine Unterschriftenkampagne auf den Weg gebracht, die bisher von mehr als 350 Personen unterstützt wird.

Wir erwarten von den kommunalen Vertretungen, dass sie den Protest in ihre Parteien CDU, SPD, FDP und Grüne tragen, die doch maßgeblich an der Verarmungspolitik der Kommunen zugunsten der Reichen mitgewirkt haben. Und wir werden als DKP im Odenwald außerhalb und bald auch innerhalb der Parlamente engagiert und wachsam dafür kämpfen, dass sich diese Politik ändert!

Seit unserer letzten Ausgabe hat sich international so einiges bewegt, wenn auch nicht in positivem Sinne. Die Kriegsgefahr hat sich verschärft, weil es zur Strategie der NATO gehört, ihren Einflussbereich auch mit Gewalt weiter auszudehnen. Bei der NATO-Osterweiterung ist der Deutsche Imperialismus aktiv dabei und lässt 70 Jahre nach Beendigung des 2. Weltkriegs die Bundeswehr an der russischen Grenze aufmarschieren.

Als Mitglied der „Freunde Syriens“ wirkt Deutschland an der Zerstörung dieses Landes mit. Im Bündnis mit den USA, der Türkei, Katars und Saudi Arabiens wurden die Kräfte unterstützt, gefördert, finanziert und bewaffnet, die, die Bevölkerung dieser Region in Angst und Schrecken versetzen und zur Flucht aus ihren Ländern treiben.

Auch der Terror, der mit den Anschlägen in Paris seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht hat ist nur mit dem Terror des Krieges zu erklären, mit dem die USA und die NATO Nordafrika und den Nahen und Mittleren Osten überzogen hat.

Seit der Krise 2008, die mit der Pleite der Lehmann Brothers ihren Anfang nahm, stottert die Weltwirtschaft und die Profite der multinationalen Konzerne bleiben hinter ihren Erwartungen zurück. Das ist der Grund für Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA, NAFTA, mit denen sich die Multis gegen die Interessen der Menschen ein noch größeres Stück vom Kuchen sichern wollen. Hiergegen erhebt sich erfreulicherweise starker Widerstand, der am 10. Oktober mit der Demo mit 250.000 Teilnehmern in Berlin seinen bisherigen Höhepunkt fand.

Robert Weber

Widerstand gegen den kapitalistischen „Freihandel“

250.000 Menschen hatten sich am Samstag, 10. Oktober 2015 in Berlin versammelt, um friedlich für einen gerechten Welthandel und gegen die so genannten Freihandelsabkommen TTIP, TISA, Ceta und Co. zu demonstrieren, die zur Zeit in Geheimverhandlungen vorbereitet werden. Diese Verträge bedrohen unsere Sozial- und Gesundheitsstandards und entmachten unsere demokratisch gewählten Parlamente und Regierungen zugunsten von Banken und Großkonzernen. Die Auswirkungen dieser Handelsabkommen werden sich in alle Bereiche der Gesellschaft hinein zeigen und gerade auch auf der kommunalen Ebene zu spüren sein. Durch Freihandelsabkommen werden wirtschaftlich schwächere Staaten gezwungen, ihre Märkte für den Export der reichen Länder zu öffnen. Arbeitslosigkeit, Verarmung und die Zerstörung der lokalen Wirtschaftsstrukturen führen schließlich auch zu Flucht und Migration nach Europa.

Unter anderem in insgesamt 600 Bussen und fünf Sonderzügen waren die Menschen aus ganz Deutschland nach Berlin gekommen. Sie folgten dem Aufruf eines sehr breiten Bündnisses aus zahlreichen Organisationen, Gruppen, Initiativen, Parteien und Gewerkschaften. Auch aus dem Odenwald war ein Bus mit fünfzig Männern und Frauen dabei.



Schon lange vor Beginn der Demonstration war der Sammelplatz vor dem Hauptbahnhof in Berlin überfüllt und immer weitere Menschen kamen dazu. Züge konnten im Hauptbahnhof nicht mehr halten. Nachdem sich die Spitze des Demonstrationszuges in Bewegung gesetzt hatte, dauerte es noch fast zwei Stunden, bis sich der Platz vor dem Bahnhof langsam leerte. Spontan bildeten sich mehrere Demorouten, um den Endpunkt, die Siegessäule und die Straße des 17 Juni, überhaupt erreichen zu können.

An verschiedenen Stellen sprachen Rednerinnen und Redner zu einer bunten, unüberschaubaren Menge, die mit phantasievollen Plakaten, Sprüchen, Karikaturen, Musikinstrumenten und Fahnen vollkommen friedlich demonstrierte. Natürlich war auch die Polizei an vielen Stellen präsent, aber sie hielt sich dezent im Hintergrund.

Die Teilnehmerzahl übertraf alle Erwartungen bei weitem und machte diese Demonstration zu einem riesigen Erfolg für die Zivilgesellschaft und setzte ein deutliches Zeichen gegen Geheimverhandlungen und eine neoliberale Politik gegen die Interessen der Menschen.

Der Protest gegen das TTIP-Abkommen zeigt sich aber nicht nur in Deutschland. Europaweit hat die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative sEBI, die von mehr als fünfhundert Organisationen getragen wird, über drei Millionen Unterschriften zusammengesammelt und damit in 23 Ländern das geforderte Quorum überschritten.

Jüngste Warnungen vor den Abkommen kommen von einem Bündnis aus Hochschullehrern und Professoren, die das Ende der Geheimverhandlungen fordern, weil TTIP und Ceta den Rechtsstaat unterminieren, unser Demokratieverständnis verletzen und das Vertrauen in die Politik erschüttern. Auch der Deutsche Kulturrat, dem 246 Kulturorganisationen angehören, fürchtet die vollständige Kommerzialisierung aller Lebensbereiche durch das TTIP-Abkommen, welches zu einer dramatischen Verarmung unserer kulturellen Vielfalt führen werde.

Und was ist das für eine Demokratie, in der solche Verträge heimlich ausgehandelt werden und selbst den Abgeordneten gegenüber bis jetzt unter Verschluss gehalten wurden???

Das sind die wahren „Wirtschaftsflüchtlinge“!

Manche Menschen lassen sich von bestimmten Politikern einreden: Viele Asylbewerber seien gar keine „echten“ Flüchtlinge. Sie würden nur wegen des Geldes einreisen, seien also „Wirtschaftsflüchtlinge“.

Tatsache ist jedoch, wie HUFFINGTONPOST am 29. 10. 2015 berichtete: „Die schlimmsten Wirtschaftsflüchtlinge kommen nicht vom Balkan oder aus Afrika. Sie kommen aus reichen Ländern, in denen man sie nicht vermuten würde.

Es ist eine Liste der Schande, die Mitarbeiter der Kapitalismus-Kritiker „Citizens for Tax Justice“ jüngst veröffentlichten: Die 500 größten amerikanischen Konzerne verstecken der Studie des NGO zufolge über 1,9 Billionen Dollar vor den US-Steuerbehörden.

Der Großteil dieser Summe, die mehr als dem Sechsfachen des deutschen Bundeshaushalts entspricht, entfällt auf die ganz Großen der amerikanischen Wirtschaft. Zwei Drittel des Fluchtgelds kommt von lediglich 30 US-Multis. Der Trick: Unternehmen gründen einfach Tochterfirmen in Steueroasen und verlagern ihre Gewinne dorthin.



Und die Konzerne werden offenbar immer dreister: Seit 2008 hat sich die Menge des in den Cayman Islands und anderen obskuren Steueroasen gebunkerten Geldes verdoppelt.

Besonders negativ tun sich nach den Berechnungen der Nichtregierungs-Organisation zufolge drei Unternehmen hervor, von denen zumindest zwei auch in Europa wegen ihrer Steuermoral zuletzt massiv in die Kritik gerieten.“

Genannt werden Apple, General Electrics und Microsoft.

Und die Organisation attac verdeutlicht am 10. 11. 2015:

„Nach Einschätzung der Nichtregierungsorganisationen gingen Deutschland durch Steuervermeidungstricks von US-Konzernen im Jahr 2012 bis zu sieben Milliarden Dollar Steuerzahlungen verloren.“

Ein OXFAM-Experte für internationale Steuersystem kommentierte:

„Reiche und arme Länder werden um Einnahmen betrogen, weil internationale Konzerne ihre Steuern nicht da zahlen müssen, wo Gewinne erwirtschaftet werden. Die Zeche zahlen vor allem die Menschen in den ärmsten Ländern...“. (attac, 10. 11. 15)

Abschließend:

Seien wir auf der Hut, wenn uns etwas von „Wirtschaftsflüchtlingen“ eingeredet werden soll!

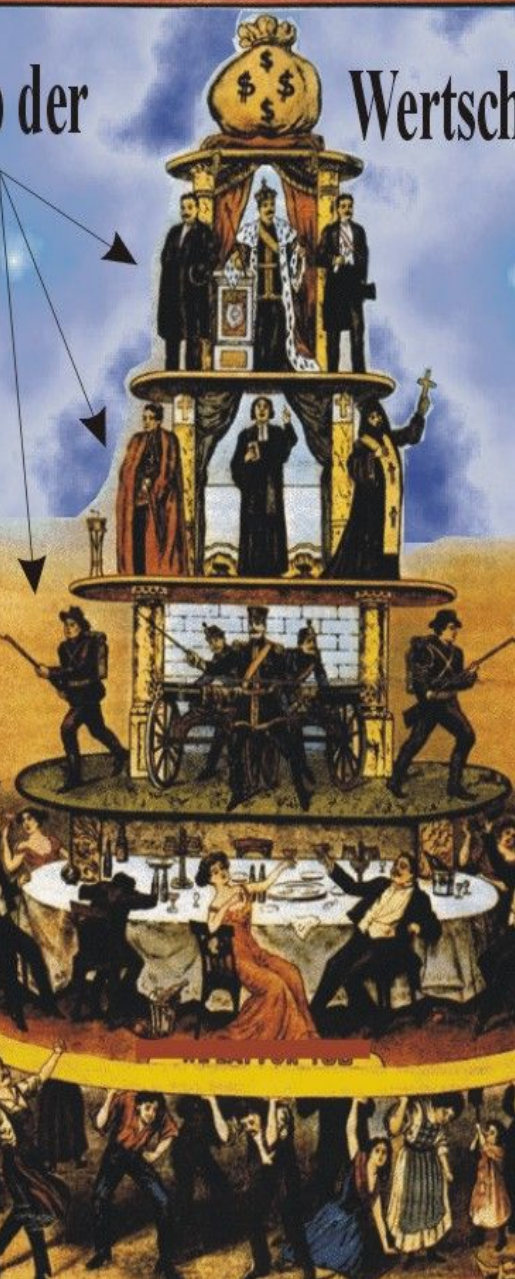
Und schauen wir genau hin, wo die wahren „Wirtschaftsflüchtlinge“, die Steuer-Vermeidungs-Flüchtlinge, die Konzern-Gewaltigen und ihre Handlanger oder Kopflanger sind. Darum muss es gehen.

Arno Grieger

Prinzip der

Wertschöpfung

Die Werte Schöpfenden



Die Werte Schaffenden

Wer nimmt wem was weg?

Manche Menschen schauen auf die, die noch weiter unten stehen. Und manche lassen sich einreden: Die nehmen uns was weg. Aber richten wir doch mal den Blick nach „oben“.

Die Vorstände der DAX-Konzerne haben durchschnittliche Jahresgehälter von 3,3 Millionen Euro, die Vorstands-Vorsitzenden 5,13 Millionen Euro. Natürlich gibt es auch hier Spitzen: VW (15 Mio. €, Daimler 8,4 Mio. €) Ein Vergleich: Ein DAX-Vorstand verdient so viel wie 107 Durchschnitts-Verdiener, ein Vorstands-Vorsitzender so viel wie 166 Normal-Verdiener. DER SPIEGEL hierzu am 8. 4. 2013: „Die Zahlen offenbaren eine Selbstbedienungsmentalität auf den Führungsetagen, die im krassen Widerspruch zu den Sparopfern steht, die Vorstände von ihren Belegschaften oft verlangen.“

Die Unternehmens- und Vermögens-Einkommen stiegen 2014 um 3,4 % auf 694 Milliarden €. Vom Dividenden-Segen profitieren vor allem die großen Aktionärsfamilien. An Ausschüttungen 2014 sackten ein: Piech-Porsche-Clan 335 Millionen €, Familie Schaeffler 309 Millionen €, Quandt-Clan 797 Millionen €, Fam. Siemens 159 Millionen €, Fam. Springer 101 Millionen €.

Insgesamt haben wir in Deutschland 126 Milliardäre und Multimilliardäre mit einem Gesamtvermögen von 532 Milliarden €.

Vergleichsweise haben 15 Super-Reiche zusammen mehr Vermögen als die Hälfte der Gesamt-Bevölkerung, und das sind immerhin 40 Millionen Menschen. Das reichste 1 % besitzt 36 % des Gesamtvermögens und 45 % des Geldvermögens.

Und wie ist es in der EU?

Nach Experten-Schätzungen geht der EU Jahr für Jahr durch Steuerhinterziehung und Steuerumgehung etwa ein Billion Euro verloren. (Zur Erläuterung: 1 Billion sind 1.000 Milliarden, eine 1 mit 12 Nullen, also 1.000.000.000.000)

EU-Steuerkommissar Algirdas Semetas erklärte einmal: „Leider gibt es in der EU zu viele Möglichkeiten, seine Steuern ganz offen zu minimieren. Diese erlauben einigen multinationalen Unternehmen, eine aggressive Strategie zur Steuervermeidung zu betreiben.“

Ein Vergleich: Mit einem einzigen Jahresbetrag des EU-Steuerausfalls könnte man die gesamten griechischen Staatsschulden dreimal abgleichen.

Und weltweit ist das nicht anders

Laut OXFAM besitzt das reiche 1 % mehr als 99 % der Weltbevölkerung. Oder ein anderer Vergleich: Die oberen 80 Super-Reichen (so viel passen gemütlich in 2 Reisebusse) besitzen so viel wie die untere Hälfte der Weltbevölkerung, das sind 3,5 Milliarden Menschen.

Wir empfehlen, an diese Tatsachen zu denken, wenn es wieder einmal heißt: „Es ist kein Geld da.“ Und wir unterstreichen die Aussage des Dichters Erich Fried in diesen Zusammenhängen:

*Was den Armen zu wünschen wäre für eine bessere Zukunft?
Nur dass sie alle im Kampf gegen die Reichen so unbeirrt sein sollen
so findig und so beständig wie die Reichen im Kampf gegen die Armen
sind.*



***Der ODENWALDKURIER ist die Zeitung der DKP im Odenwaldkreis
Er erscheint mehrmals im Jahr in einer Auflage von 3.000
Exemplaren und wird kostenlos verteilt. Verantwortlich im
Sinne des Presserechts ist Reinhold Fertig, Hochstraße 31,
64720 Michelstadt, reinhold-fertig@t-online.de
Spenden und Mitarbeitende sind herzlich willkommen!
Sparkasse Darmstadt, BLZ 508 501 50, Konto-Nr.: 18009340
Stichwort „ODENWALDKURIER“***

Konzerne gegen Staaten

Der US-Konzern Bilcon verklagte den kanadischen Staat vor einem Internationalen privaten Schiedsgericht auf Schadensersatz und bekam Recht. Der Staat musste dem Konzern 300 Millionen Dollars bezahlen, weil er die Errichtung eines großen Basalt-Steinbruchs in unberührter Landschaft im Nordosten Kanadas verhinderte.

Der schwedische Energieriese Vattenfall verklagt die deutsche Regierung auf Entschädigung von 4,7 Milliarden Euro wegen dem Atomausstieg, den die Bundesregierung nach dem Reaktorunfall von Fukushima beschlossen hatte.

Weil es Uruguay mit dem Nichtrauchererschutz ernst meint und das Rauchen in Gaststätten untersagt hat, beschloss der Marlboro-Hersteller Philip Morris das Land auf Schadensersatz zu verklagen. Es geht dabei um 2 Milliarden Dollars, was einem Sechstel des Staatshaushaltes entspricht. Die Entscheidung steht noch aus.

Der US-Ölmulti Chevron, der 2001 den Konkurrenten Texaco übernahm, wurde von Ecuador wegen massiver Umweltschäden die Texaco bei der Ölförderung im Amazonasgebiet verursachte zu 9,5 Milliarden Dollars verklagt. Ein Gericht in New York befand Anfang März, dass die Klagen und Verhandlungen in Ecuador für die USA keinen Bestand hätten und Schadensersatzforderungen gegen Chevron keine Aussicht auf Erfolg hätten.

Solidarisch mit den Flüchtlingen – Kritisch und entschlossen gegen das Kapital, seine Medien und Politiker

Von praktischer Solidarität mit Flüchtlingen habe ich längere Zeit in fast allen Medien Deutschlands praktisch nichts gehört. Berichte von Aktionen der Rechten waren dominant. Von Gegenaktionen erfuhr ich wenig – und wenn, dann meist mit negativem Einschlag („gewalttätige, die Polizei angreifende Chaoten“ u.ä.).

Als ich jedoch genauer in Lokalteile (nicht nur im Odenwald) reinschaute, konnte ich Berichte von praktischer Solidarität in vielen, auch kleineren Orten, entdecken. Zudem wurde ich immer wieder von eher politisch

weniger engagierten Menschen angefragt, wo und wie sie Flüchtlingen helfen könnten.

Diese Solidaritätsbewegung wurde dann so stark, dass ich zunächst in den Lokalteilen häufiger und detaillierter Berichte fand, schließlich dann auch auf den Titelseiten der großen Medien und zu Hauptsendezeiten. Das zwang die große Mehrheit der herrschenden Politiker dazu, zumindest verbal die praktischen Solidaritätsbewegung zu unterstützen.

Das ist sicher ein Fortschritt und sehr gut. Doch man darf nicht naiv auf die herrschende Politik und die ihr dienende Presse schauen. Kritisch muss man fragen und prüfen:

Was sind ihre Ziele, wie suchen sie die Solidaritätsbewegung für sich zu vereinnahmen? Worauf muss die Solidaritätsbewegung achten, wie kann sie sich gegen Vereinnahmung wehren, gegen rechte Propaganda argumentieren und ihre solidarischen Ziele durchsetzen?

Zentrale Forderung muss sein: Geld für Flüchtlinge statt für Waffen und Kriegseinsätze!

Reinhold Fertig

Wir behaupten nicht, dass nur der Krieg Menschen zur Flucht treibt. Aber er ist die wichtigste Ursache für Flucht und Vertreibung. Er ist der schlimmste Feind der Völker.

Wir fordern:

- Sofortiges Ende der verdeckten und offenen Kriege in aller Welt. Dies gilt besonders für den Krieg der Nato-Länder und der ‚Freunde Syriens‘ gegen Syrien und den Krieg der Nato gegen Afghanistan
- Sofortige Beendigung aller Auslandseinsätze von Bundeswehr und Polizei
- Stopp aller Waffenexporte
Ende der Einmischung zur staatlichen und ökonomischen Destabilisierung in den Ländern innerhalb und außerhalb Europas

Wir laden herzlich ein - Unsere nächsten Veranstaltungen

Griechenlandkrise was nun?

Veranstaltung der DKP-Odenwald am Freitag, 26. Februar 19.00h im Deutschen Haus in der Bahnhofstrasse in Michelstadt.

Matthias Maser wird berichten über die Entwicklung zur Krise, die Rolle der demokratisch nicht legitimierten Institutionen wie Troika, IWF usw. Der Einfluss des geplanten TTIP, die Rolle der deutschen Regierung, wie dies alles die Bevölkerung ins Elend stürzt und welche Formen des Widerstandes sich dagegen entwickeln.

UZ-Pressesfest am 1.-3. Juli 2016

Vom 1.-3. Juli 2016 feiern wir in Dortmund im Revierpark Wischlingen das Fest der Solidarität und des Friedens, das UZ-Pressesfest, Volksfest der DKP. Wer wissen möchte, warum und wie die ROTEN den Kampf gegen Banken und Konzerne, gegen Aufrüstung und Krieg führen und gleichzeitig bis in die Morgenstunden feiern, der muss zum UZ Pressesfest nach Dortmund kommen.

Süd-Pfingstcamp der SDAJ

Das Südpfingstcamp der SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, eng verbunden mit der DKP) findet diesmal im Odenwald statt und zwar vom 13. bis zum 16. Mai auf dem Jugendzeltplatz Meisengrund am Marbach Stausee (auf dem gleichen Platz wie das Sound of the Forest.)

Stop Wars-Camp ist der Titel des Camps, es hat also eine antimilitaristische Ausrichtung. Eine Karte für das Camp kostet zum Solidaritätspreis 35€, zum Normalpreis 25€, inclusive sind dann Übernachtung, Frühstück und Mittagessen. Besucher können kostenlos vorbeikommen.

(infos unter: <http://www.sdaj-netz.de/> oder per mail unter reinhold-fertig@t-online.de)

Kommunalwahl 2016

Auf der offenen Liste DER LINKEN im Odenwald kandidieren die DKP-Genossen Robert Weber auf Platz eins der Liste für die Wahl zum Michelstädter Stadtparlament und Peter Bosse auf Platz 4 der Liste für die Wahl zum Kreistag.

Auch an der Ausarbeitung des Wahlprogrammes DER LINKEN hat sich die DKP-Odenwald beteiligt. Im Odenwald sind DIE LINKE und die DKP sehr solidarisch miteinander verbunden.

In unserer Arbeit setzen wir uns dafür ein, dass die Mehrheit nicht immer mehr zahlt, Rüstung massiv gekürzt wird, damit die Gemeinden nicht weiter zu kurz kommen. Wir werden statt Kröten zu schlucken, Zähne zeigen.

Die Schwerpunkte der offenen Liste DIE LINKE sind:

- Die Schere zwischen Arm und Reich klafft auch im Odenwald immer weiter auseinander. Das Rentenniveau sinkt, Altersarmut hält Einzug, Langzeitarbeitslosigkeit ist Normalzustand.
- Die medizinische Versorgung im Odenwald ist in Gefahr. Fach- und Allgemeinärzte werden rar. Das Krankenhaus ist dauerhaft unterfinanziert.
- Die Aufnahme von Flüchtlingen fordert uns heraus. Wir müssen lernen, darin auch eine Chance für uns und unser Land zu sehen.
- Der finanzielle „Schutzschirm“ führt zu Sozialabbau und schützt nicht die Menschen. Landkreis und Gemeinden haben praktisch kaum noch eigenen Gestaltungsspielraum.
- Die Lebensqualität im Odenwald muss gesichert werden.
- Die Bedürfnisse von Einwohnern und Besuchern müssen im Mittelpunkt stehen.

***Am 6. März zur Wahl gehen und die konsequente
Alternative wählen!
DIE LINKE in den Kreistag und in die
Kommunalparlamente!***

Wenn es nach ihnen ginge...



...würde man auf sie schießen!



Darum: keinen Fußbreit für Rassisten, Faschisten und ihre Helfershelfer,- der Odenwald braucht dieses Pack nicht!

Macht die Kommunalwahl am 6.März zu einem Signal für Demokratie, Menschlichkeit und Solidarität.

Kommunisten wissen: nicht der Arme bestiehlt den Armen, nicht die Herkunft, Hautfarbe oder Religion trennt Menschen. Die eigentlichen Mordbrenner und Kriegsgewinnler sind es, die uns diese Lügen eintrichtern.

Der gemeinsame Feind der kleinen Leute aus allen Ländern der Erde sitzt in den Managementbüros und in den Konzernzentralen. Sie stärken ihre Macht, indem sie uns gegeneinander ausspielen.

Und sie verdienen Milliarden am Elend, an der Not und am Tod unzähliger Menschen.

***Lasst euch nicht einfangen von den Parolen der Rattenfänger, denkt nach und schaut hin.
Und geht wählen am 6. März.***

Wir kandidieren auf den Listen der Partei

DIE LINKE.



**WIR MÜSSEN STARK WERDEN
OHNE UNSERE
ZÄRTLICHKEIT ZU
VERLIEREN!**

Che

ERNESTO
CHE GUEVARA